



Foto: Marco Riebler

Angst vor der Sonne

Der Ausbau der Solarenergie, der in Österreich zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 deutlich an Fahrt gewinnen müsste, droht durch diverse Landesgesetze ins Stocken zu geraten.

Günther Strobl

Sonnenanbeter sehen anders aus. Während immer mehr Haushalte ihren privaten Strombedarf mittels PV-Anlage auf dem Dach decken oder sich, wo das nicht geht, alternativ an Gemeinschaftsanlagen beteiligen, treten politisch Verantwortliche in manchen Bundesländern auf die Bremse. Burgenland ist das jüngste, wenn auch nicht das einzige Beispiel, wo dem forcierten Ausbau der Fotovoltaik ein Riegel vorgeschoben wird.

Dabei kann in Österreich nicht genug und vor allem nicht rasch genug sauberer Strom mithilfe der Sonne produziert werden. Rasch genug deshalb nicht, weil laut Regierungsabkommen im Jahr 2030 bereits 100 Prozent des österreichischen Stromverbrauchs bilanziell durch erneuerbare Energien gedeckt werden sollen. Österreichs Energie, der Interessenverband der heimischen Stromerzeuger, hat in einer Studie berechnen lassen, was das unter Berücksichtigung möglicher Effizienzsteigerungen beim Stromeinsatz bedeutet: 27 Terawattstunden (TWh) gleich 27 Milliarden Kilowattstunden (kWh) würden zusätzlich an sauberem Strom benötigt.

Den Löwenanteil, elf Milliarden kWh, müsste die Fotovoltaik beisteuern. Das sei ambitioniert, sagen Branchenvertreter, aber machbar, wenn die Bedingungen passen.

Immer mehr Bundesländer steigen aber auf die Bremse oder lockern diese erst gar nicht. Das ist insofern bedeutsam, als Flächenwidmungen wie Baurecht Landeskompetenz bzw. von den Gemeinden umzusetzen sind.

Auf der langen Bank

Während das Burgenland mit einer in der Vorwoche in Begutachtung geschickten Novelle des Raumplanungsgesetzes Freilandanlagen größer als 100 m² ausschließlich dem Land bzw. landeseigenen 100-Prozent-Töchtern vorbehalten möchte und obendrein eine PV-Abgabe plant, geht Niederösterreich einen davon abweichenden Weg. Dort soll der Landtag demnächst eine Raumordnungsnovelle beschließen mit der Auflage, dass Freilandanlagen größer als zwei Hektar nur mehr in ausgewiesenen Zonen errichtet werden dürfen.

„Das allein ist nicht das Problem“, sagt Eva Immitzer, Geschäftsführerin des Branchenverbands Photovoltaik Austria (PVA), im Gespräch mit dem STANDARD. „Das Land Niederösterreich möchte sich bis zu zwei Jahre Zeit nehmen, die infrage kommenden Zonen auszuweisen. Das verzögert den Ausbau der Fotovoltaik dramatisch.“

Bis zu fünf Jahre könnten verlorengehen, rechne man die Zeiten für die Umwidmung,

Genehmigungsverfahren und Realisierung mit ein. Projekte, für die bereits Umwidmungsverfahren laufen, seien von Bürgermeistern bereits gestoppt worden, weil die Gemeinden nicht wüssten, was auf sie zukommt. Dabei habe Niederösterreich erst im März einen Leitfaden für Freilandflächen herausgebracht, der bei Projektentwicklern sehr gut angekommen sei. Von aktuell knapp 400 Megawatt (MW; entspricht 400.000 kW) installierter PV-Leistung möchte Niederösterreich bis 2030 auf 2000 MW kommen.

Wie das gehen soll, sei völlig unklar. Hausdächer und versiegelte Flächen allein reichten dafür nicht nur in Niederösterreich nicht aus. Um die zusätzlichen elf Milliarden kWh Strom aus PV als (Teil-)Ersatz für fossile Energien zu generieren, müsse an allen Stellschrauben gedreht werden, sagt Immitzer.

Als Positivbeispiel nennt PVA-Vorstandsvorsitzender Herbert Paierl Wien. In der Bundeshauptstadt sei man mutig gewesen und habe für Neubauten die Installation einer PV-Anlage verpflichtend gemacht, lobt der ehemalige VP-Politiker und nunmehrige Unternehmer.

Was den forcierten PV-Ausbau noch bremsen könnte, sei der Mangel an Monteuren. Da sei Feuer am Dach. **Kommentar Seite 32**